

Nachmittags- und Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung in der Sekundarstufe I & II: Gnade, Almosen, aber rechtlos.



Wir, die Eltern-Initiativgruppe, beschäftigen uns seit über einem Jahr mit der unzureichenden Situation der Nachmittags- und Ferienbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Wer wir sind und was wir vertreten, können Sie unter www.initiative-nachmittag.at nachlesen.

Noch vor der Wahl stellten wir per Mail ALLEN wahlwerbenden Parteien und Bewegungen, da vor allem (falls vorhanden) den Behinderten- und BildungssprecherInnen, folgende vier Fragen:

- 1. Was bedeutet für Sie der Satz „Inklusion beginnt bei mir“?**
- 2. Wenn Sie gewählt werden, was unternehmen Sie bis zum Jahr 2020, um die Situation der Nachmittags- und Ferienbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu verbessern?**
- 3. Woran stellen Ihrer Meinung nach Familien mit einem Kind mit Behinderung fest, dass Verbesserungen im Bereich Nachmittags- und Ferienbetreuung eingetreten sind?**
- 4. Ein reales Fallbeispiel**

Ein Bub mit Down Syndrom besucht eine Schule, in der es möglich ist, in integrativen Mehrstufenklassen den gesamten Pflichtschulbereich durchlaufen zu können. Per Zufall erfahren die Eltern, dass es für ihn ab dem 10. Lebensjahr, also ab der Sekundarstufe I, keine Nachmittagsbetreuung gibt. Man erklärt ihnen, dass er ab der Sekundarstufe I mit dem Fahrtendienst nach dem Unterricht in den Sonderhort kann, - aber wenn er dann 11 Jahre alt ist, daheimbleiben muss. Die zweite Lösung wäre, dass er nach der Volksschule in die Sonderschule wechselt und seinen inklusiven Weg beenden soll. Ein Kind ohne Behinderung kann man an dieser Schule aber selbstverständlich zur Nachmittagsbetreuung anmelden. Die Eltern sind beide berufstätig und die Familie auf ihr beider Einkommen angewiesen.

Die Familie wendet sich mit dieser Problematik an Sie. **Was tun Sie konkret für diese Familie?**

Wir ersuchten um eine rasche Antwort.

Nachfolgend die Antworten auf die jeweilige Frage der einzelnen Parteien bzw. Bewegungen

Natürgemäß haben nicht alle geantwortet.

Wir erhielten keine Antwort von:

Elisabeth Grossmann (SPÖ)

EU-Austrittspartei

Freie Liste

GILT

Kira Grünberg (Neue ÖVP) Antwort übermittelt von Harald Nagl (Politik & Strategie) für die Neue Volkspartei

Dr. Taschner (Neue ÖVP)

Ing. Norbert Hofer (FPÖ)

Mag. Gerald Loacker (NEOS)

Dr. Matthias Strolz (NEOS)

Mirko Messner (KPÖ+)

Flora Petrik (KPÖ+)

Isabella Heydarfadai, die Weißen ging auf keine Frage konkret ein, sondern antwortete: „Die Weißen stehen für direktdemokratische Mitbestimmung! Fertige Lösungen für bedauerliche Spezialprobleme können wir leider nicht anbieten. Die beste Lösung findet sich erfahrungsgemäß durch die demokratische Mitgestaltung der betroffenen Gruppe - dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend. Haben Sie schon Lösungsvorschläge ausgearbeitet? Wenn ja, teilen Sie uns diese bitte über unsere Website mit.“ Danach folgte eine Kurzdarstellung des Parteiprogrammes.

Dr. Rudolf Gehring, Christliche Partei Österreichs, ging ebenfalls auf keine Frage konkret ein, sondern antwortete: „(...)für die CPÖ ist die Stigmatisierung von behinderten Personen undenkbar. Wir Christen versuchen eine besondere Zuwendung an Kranke und Hilfsbedürftige zu leben.

Für die CPÖ gilt „Die Sorge um die Schwachen muss unsere Stärke sein!“ Wir unterstützen daher Ihre Forderungen entsprechend unserer Möglichkeiten gerne. Ergänzend finden Sie unser Programm im Anhang und weitere Details auf unserer Homepage(...).

Hier die Antworten:

1. Was bedeutet für Sie der Satz „Inklusion beginnt bei mir“?

Fr. Ulrike Königsberger-Ludwig, Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung des SPÖ NR-Klubs: „Ich bin überzeugt davon, dass die größten Hürden auf dem Weg zur Inklusion die Barrieren in den Köpfen der Menschen sind. Dass Inklusion bei mir beginnt bedeutet deshalb für mich, aktiv diese Barrieren bei anderen ins Bewusstsein zu rufen und Alternativen aufzuzeigen. Und es heißt auch, die eigene Denkweise durch ständigen Austausch mit anderen und durch Selbstreflexion kontinuierlich auf Barrieren zu überprüfen und sich dadurch weiterzuentwickeln.“

Neue Volkspartei: „Menschen mit Behinderungen sind eine Bereicherung für die Gesellschaft und müssen auch dementsprechend an ihr teilhaben können. Wir wollen keine Gesellschaft, die Menschen mit Behinderung verdrängt, diskriminiert, ausschließt oder selektiert. Wie sehen für jeden Menschen eine Aufgabe: in der Familie, in der Nachbarschaft, im Beruf, im Verein und in anderem ehrenamtlichen Engagement. Daher wollen wir ein klares Signal in unserem Rechtssystem setzen und die Menschenwürde in der Verfassung verankern.“

Wendelin Mölzer, Bildungssprecher, Nationalratsabgeordneter, FPÖ: „Inklusion soll nicht irgendwo beginnen, sondern eine Selbstverständlichkeit sein.“

Helene Jarmer, Behindertensprecherin, Abgeordnete zum Nationalrat, Die Grünen: Fr. Jarmer verweist in ihrem Mail auf die Antworten von Hrn. Dr. Walser.

Dr. Harald Walser, Bildungssprecher, Abgeordneter zum Nationalrat, Die Grünen: „Inklusion bedeutet für mich, dass ich alle Kinder und Jugendlichen in ihrer ganzen Diversität als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft wahrnehme. Nicht die Kinder und Jugendlichen oder ihre Eltern müssen sich anpassen, sondern wir müssen ein Bildungssystem schaffen, in dem jedes Kind/jedeR Jugendliche das Recht hat, gleichberechtigt Zugang zu Bildung, die nötige Unterstützung und Betreuung zu erhalten ohne ausgeschlossen zu werden.“

Hr. Hausbichler, Männerpartei: „Für mich bedeutet Inklusion, dass ich meinen aktiven Beitrag leiste. Die geschieht in der Partei durch gleichberechtigte Teilhabe von uns allen "Beeinträchtigten" (denn jeder Mensch auf der Welt ist irgendwie beeinträchtigt und irgendwie hochtalentiert, Sie, ich und jeder, der das liest oder vorgelesen bekommt - ich sehe den Unterschied nicht).“

Sonja Grusch, Sozialistische Linkspartei: „Inklusion beginnt bei mir, weil ich Proteste und Initiativen unterstützen kann, die für mehr Geld für diesen Bereich kämpfen. Meine/Unsere ausführlichere Position zum Thema Inklusion finden sie hier:

<https://www.slp.at/artikel/inklusion-gute-sache-aber-nicht-im-kapitalismus-8255>

Kurz zusammengefasst: wir sind für ein zusammen leben, zusammen lernen, zusammen arbeiten von Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Bedürfnissen, Sprachen. Doch aktuell wird Inklusion benützt, um Sparmaßnahmen umzusetzen, die schwächsten bleiben dabei auf der Strecke. Die PolitikerInnen putzen sich bei den Betroffenen - Betreuungspersonal, Lehrende, Eltern und natürlich den Menschen die eigentlich "inkludiert" werden sollen - ab. Das lehnen wir ab und stehen für eine völlige "Ausfinanzierung". Es mangelt in unserer Gesellschaft ja nicht am Geld, sondern nur an dessen Verteilung. Bei Großkonzernen und Superreichen gibt es jene Millionen (und auch Milliarden) die für ein menschenwürdiges Leben für alle nötig sind!“

Hakan Renda, Generalsekretär NBZ-Neue Bewegung für die Zukunft: Die Antwort dieser Frage verbirgt sich in der Begriff Entstehungsgeschichte. Die Gesellschaftliche Veränderung, das auseinander Leben von Freunden und Familien, das schwinden von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft, ist warum der Begriff Inklusive mehr mehr an Bedeutung gewinnt.

Linda Exenberger, im Namen der Liste Pilz: Inklusion beginnt in den Köpfen der Menschen. Wir müssen das Schubladen-Denken ablegen. Es gibt nicht die Gruppe der „Behinderten“, der „Ausländer“ usw. Jeder Mensch hat unterschiedliche

Bedürfnisse und Fähigkeiten und unser Schulsystem sollte darauf ausgelegt sein sollte, diese Individualität zu erkennen und zu unterstützen. Chancengleichheit bedeutet, dass jeder Mensch von Anfang an die bestmögliche Unterstützung bekommt, um in jedem gesellschaftlichen Bereich teilzunehmen.

2. Wenn Sie gewählt werden, was unternehmen Sie bis zum Jahr 2020, um die Situation der Nachmittags- und Ferienbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu verbessern?

Fr. Ulrike Königsberger-Ludwig, Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung des SPÖ NR-Klubs: „Wir – die SPÖ und auch ich – treten für eine inklusive Schule und einen flächendeckenden Ausbau der verschränkten Ganztagschulen ein, weil wir überzeugt sind, dass dies die Chancen aller Kinder erhöht. Mit dem Erreichen dieser beiden Ziele wäre automatisch auch die Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gesichert. Darüber hinaus treten wir für ein zweites Gratis-Kindergartenjahr ein und dafür die Schließtage so gering wie möglich zu halten und es muss sichergestellt werden, dass auch Kinder mit Behinderungen Nachmittagsbetreuungsangebote vorfinden. Dazu brauchen wir die Länder und die Gemeinden.“

Neue Volkspartei: „Beginnend bei der Frühförderung bis hin zur Chancengleichheit in Bildung, Beschäftigung und Freizeit muss im Sinne der Subsidiarität ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und gewährleistet werden. Wir wollen, dass kein Kind im Bildungssystem zurückgelassen wird.

Zusätzlich zu den Mindeststandards, die jedes Kind mit Abschluss der Schulpflicht beherrschen muss, sollte es Unterstützung in Form von Mentoren-Programmen geben. Auch im Sommer sollten Kinder mit Nachholbedarf gezielt gefördert und unterstützt werden. Die ganztägige Betreuung ist ebenfalls ein wichtiger Baustein, damit Kinder die bestmöglichen Lernvoraussetzungen finden. Deswegen braucht es einen bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung, ohne Zwang in diese Schulform.

Persönliche Assistenz ist eine wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen. Die Unterstützung der Persönlichen Assistenz am Arbeitsplatz ist bereits bundesweit einheitlich ausgebaut. Sie sollte zudem auch auf die Freizeit ausgeweitet und einheitlich geregelt werden. Wir wollen, dass auch die individuelle Autonomie – durch eine Erhöhung des Taschengelds in geschützten Werkstätten – erhöht wird. Auch sollen die bürokratischen Prozesse für Menschen mit Behinderung vereinfacht werden.“

Wendelin Mölzer, Bildungssprecher, Nationalratsabgeordneter, FPÖ: „Grundsätzlich ist die FPÖ für eine adäquate Betreuungsmöglichkeit für jedes Kind, allerdings nicht zwangsverpflichtend. Betroffene Eltern und Kinder sollen Wahlfreiheit hinsichtlich der am besten geeigneten Betreuung haben. Der Erhalt eines dualen Schul- und Betreuungsangebots ist der einzige Garant dafür, dass man individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden kann. Deshalb spricht sich die FPÖ neben dem Ausbau von Inklusion für den Erhalt von Sonderschulen und sonderpädagogischen Zentren aus, um ein auf individuelle Bedürfnisse abgestimmtes Betreuungsangebot gewährleisten zu können.“

Helene Jarmer, Behindertensprecherin, Abgeordnete zum Nationalrat, Die Grünen: Fr. Jarmer verweist in ihrem Mail auf die Antworten von Hrn. Dr. Walser.
Dr. Harald Walser, Bildungssprecher, Abgeordneter zum Nationalrat, Die Grünen:

„Ich werde weiterhin alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, sowie in Öffentlichkeits- und persönlicher Überzeugungsarbeit darauf hinwirken, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zu ihrem Recht auf Bildung kommen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Bereitstellung von Betreuung und Infrastruktur am Nachmittag. Meinem Vorstoß, die nötigen finanziellen Mittel für inklusive Nachmittagsbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, haben die Regierungsparteien leider nicht zugestimmt:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AA/AA_00181/index.shtml

Ich lasse in diesem Bereich allerdings nicht locker und werde auch in der nächsten Gesetzgebungsperiode die Einhaltung der Rechte von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen einfordern. Mit dem Beschluss des Bildungsreformpaketes zur Autonomie wird auch die Grundlage für eine Verbesserung der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gelegt. So werden künftig die Ressourcen für alle Fördermaßnahmen zentral von den Bildungsdirektionen verwaltet, nicht mehr von den Sonderschulen. Weiter gibt es ein Antragsrecht der Eltern auf Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs, die Ausweitung auf andere Fördermaßnahmen und die Ausweitung auf SchülerInnen statt Kinder (was Fördermaßnahmen bis zum 12. Schuljahr ermöglicht).“

Hr. Hausbichler, Männerpartei: „Gleichen Anspruch alle Kinder auf Betreuung durchsetzen. Hierzu merke ich jedoch an: Die Männerpartei strebt das hohe Ziel an, dass Menschen, Eltern, besser Work-Life-Balance haben. Gleichteilige Erwerbsarbeit von 30 Stunden pro Woche, verbunden mit gleichteiliger Familienarbeit, ist das Ziel! In einer diesbezüglich familienfreundlich gestalteten Arbeitswelt sollte es auf diese Weise möglich sein, dass Nachmittagsbetreuung zu einem guten Teil durch Zeit mit den Eltern ersetzt werden kann. Diese hohe Ziel ändert nichts an der Berechtigung ihres Themas, der inklusiven Betreuung der Kinder in der jetzigen Situation.“

Sonja Grusch, Sozialistische Linkspartei: „Wir machen keine Politik für, sondern mit Betroffenen. Das bedeutet Probleme aufgreifen und gemeinsam für Verbesserungen eintreten. Durch öffentlich machen, durch Kampagnen und Proteste. Selbstverständlich sollten ALLE Betroffenen auch Teil dieser Proteste sein. Wir unterstützen z.B. auch schon seit Jahren die Bildung von "Werkstättenräten" in sogenannten "Behindertenwerkstätten" und fordern dort ordentliche Bezahlung, normale Arbeits- und Sozialrechtliche Absicherung sowie die Gleichstellung der Werkstättenräte mit Betriebsräten.“

Hakan Renda, Generalsekretär NBZ-Neue Bewegung für die Zukunft: Eine flächendeckende Lösung für diese Herausforderung, ist mit Erhöhung der Anzahl der Betreuungsmöglichkeiten nicht gewährleistet. Eine wirksame Lösung wird nur dann möglich, wenn die Notwendigen Forderungen für die Institution gewährt wird um weiter Ausbildungsplätze für die fachmännische Betreuung der Kinder oder Jugendliche mit Behinderung. Parallel würde sich die Möglichkeiten ergeben ab 2019 die Anzahl der Betreuungsstätten auf einen akzeptablen Stand anzuheben. Dieser Plan ergibt sich mit einer Studie die wir bei allen Bundesländer durchführen lassen würden. Um Defizite und Anforderungen der einzelnen Länder zu verifizieren.

Linda Exenberger, im Namen der Liste Pilz: Die Liste Pilz setzt sich für die rasche Umsetzung der Ganztagschule ein und für den Ausbau von schulischer Inklusion ein. An den Schulen müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen für schulischen Inklusion und Nachmittagsbetreuung geschaffen werden. Alle Kinder – egal ob mit oder ohne Behinderung – sollten in Zukunft eine qualitätsvolle Nachmittagsbetreuung haben. Besonders wichtig ist es auch, dass die Beschulung vor Ort stattfindet.

3. Woran stellen Ihrer Meinung nach Familien mit einem Kind mit Behinderung fest, dass Verbesserungen im Bereich Nachmittags- und Ferienbetreuung eingetreten sind?

Fr. Ulrike Königsberger-Ludwig, Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung des SPÖ NR-Klubs: „Wenn sich für sie und ihre Familie der konkrete Alltag verbessert, indem sie Familie und Beruf besser unter einen Hut bekommen und sie nicht mehr in große Entfernungen überwinden müssen, um geeignete Betreuungsplätze vorzufinden, sondern diese in der Nähe sind.“

Neue Volkspartei: „Familien mit einem Kind mit Behinderung brauchen die Unterstützung der Gemeinschaft. Dazu braucht es auf der einen Seite das Bewusstsein für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung aber auch die Offenheit, dass Menschen mit Behinderung viel mehr bewegen können, als ihnen oft zugetraut wird. Auf der anderen Seite braucht es konkrete Maßnahmen. Wer Hilfe braucht, dem soll rasch und unbürokratisch geholfen werden. Deshalb wollen wir einen Abbau von Bürokratie und Unterstützungen von behinderten Menschen nach dem „One-Stop-Shop“-Prinzip.“

Wendelin Mölzer, Bildungssprecher, Nationalratsabgeordneter, FPÖ: „Die optimale Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen erkennen Eltern wohl daran, dass ihr Kind gerne zur Ferien- oder Nachmittagsbetreuung geht, mit Freude von erlebten Momenten und lustigen Situationen erzählt und Eltern sich darauf verlassen können, dass ihr Kind von entsprechend ausgebildeten Personen betreut wird. Eine positive Veränderung im Bereich Nachmittags- und Ferienbetreuung verspüren Eltern womöglich dann, wenn sie sich bereits heute sicher sein können, dass es sowohl morgen als auch in Zukunft ein entsprechendes Angebot an Betreuungsplätzen geben wird.“

Helene Jarmer, Behindertensprecherin, Abgeordnete zum Nationalrat, Die Grünen: Fr. Jarmer verweist in ihrem Mail auf die Antworten von Hrn. Dr. Walser.

Dr. Harald Walser, Bildungssprecher, Abgeordneter zum Nationalrat, Die Grünen: „Wenn Eltern die Sicherheit haben, dass ihre Kinder ob mit oder ohne Behinderung ein Recht auf einen ganztägigen Schulplatz in der Nähe haben und ganz selbstverständlich alle nötigen Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Ich hoffe, dass die von uns Grünen gesetzten Maßnahmen dazu beitragen, diesen Zustand bald herstellen zu können.“

Hr. Hausbichler, Männerpartei: „Daran, dass bessere Zeiten angeboten und die finanzielle Unterstützung verbessert worden ist.“

Sonja Grusch, Sozialistische LinksPartei: „Das müssen die Familien und auch die Kinder selbst feststellen und das wird wohl von Fall zu Fall unterschiedlich sein.“

Hakan Renda, Generalsekretär NBZ-Neue Bewegung für die Zukunft: Der Rückgang der Scheidungsraten von Ehepaaren mit Kinder die eine Behinderung haben. Durch den Bericht vom Arbeitsmarktservice, wieviel Mütter die Arbeit aufnehmen konnten.

Linda Exenberger, im Namen der Liste Pilz: Wenn das Kind in der nächstgelegenen Schule einen qualitätsvollen Unterricht mit Nachmittagsbetreuung erfährt. Wenn es auch die Möglichkeit gibt in derselben Schule eine Ferienbetreuung in Anspruch zu nehmen. Wenn es in Regelschulen individuelle Förder- und Lehrpläne für Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf gibt. Wenn ein Kind Teil einer Klassengemeinschaft ist, in welcher Diversität und ein respektvoller Umgang gelebt wird.

4. Ein reales Fallbeispiel

Ein Bub mit Down Syndrom besucht eine Schule, in der es möglich ist, in integrativen Mehrstufenklassen den gesamten Pflichtschulbereich durchlaufen zu können. Per Zufall erfahren die Eltern, dass es für ihn ab dem 10. Lebensjahr, also ab der Sekundarstufe I, keine Nachmittagsbetreuung gibt. Man erklärt ihnen, dass er ab der Sekundarstufe I mit dem Fahrtendienst nach dem Unterricht in den Sonderhort kann, - aber wenn er dann 11 Jahre alt ist, daheimbleiben muss. Die zweite Lösung wäre, dass er nach der Volksschule in die Sonderschule wechselt und seinen inklusiven Weg beenden soll. Ein Kind ohne Behinderung kann man an dieser Schule aber selbstverständlich zur Nachmittagsbetreuung anmelden. Die Eltern sind beide berufstätig und die Familie auf ihr beider Einkommen angewiesen.

Die Familie wendet sich mit dieser Problematik an Sie. **Was tun Sie konkret für diese Familie?**

Fr. Ulrike Königsberger-Ludwig, Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung des SPÖ NR-Klubs: „Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass ich als Bundespolitikerin vordergründig die Aufgabe habe, Gesetze mitzugestalten, die optimale Rahmenbedingungen schaffen sollen. So haben wir es erst kürzlich geschafft, die „Regelschulen“ im 11. und 12. Schuljahr auch für Kinder mit Behinderungen zu öffnen und die Modellregionen auszuweiten.

Aber natürlich kommen auch immer wieder einzelne Personen mit Hilfeansuchen auf mich zu, die ich versuche zu unterstützen. Einerseits nehme ich Kontakt mit den einzelnen Stellen auf, und versuche nachzuhaken warum sich die Situation so gestaltet und womöglich Lösungen vor Ort zu finden. Dies gelingt immer wieder weil es oft „den Stups“ von Draußen braucht und auch den Hinweis auf Möglichkeiten die vielleicht nicht oder nur wenig bekannt sind. Ich würde auch mit den zuständigen Bezirks- und LandesschulinspektorInnen Kontakt aufnehmen um eine gute Lösung zu finden und den Eltern zudem den Rat geben den Anwalt für Gleichbehandlungsfragen für Menschen mit Behinderungen einzuschalten.

Zudem muss es aber eine Lösung für alle Kinder und Eltern in einer derartigen Situation geben, deswegen würde ich mir auch die gesetzlichen Grundlagen und Änderungsmöglichkeiten anschauen.“

Neue Volkspartei: „Die Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf schreitet kontinuierlich voran und wird von uns grundsätzlich unterstützt. Der Nationale Aktionsplan Behinderung 2012-2020 sieht die Etablierung inklusiver Modellregionen vor, in denen gemeinsame Schulen unter Einbeziehung der sozialen und gemeindenahen Infrastruktur umgesetzt werden sollen. Solche Modellregionen gibt es derzeit in Tirol, Kärnten und der Steiermark, mit jeweils anderen Schwerpunkten. Wir sind davon überzeugt, dass sich inklusive Schulmodelle österreichweit etablieren werden.

Auf der anderen Seite wollen wir die Wahlfreiheit der Eltern – nach einer umfassenden und objektiven Beratung der Schulbehörden – wahren. Wenn es dem Kindeswohl und den Interessen der Eltern besser entspricht, sollen Kinder mit Sonderpädagogischem Förderbedarf auch weiterhin in dafür speziell ausgestatteten Einrichtungen betreut werden können.“

Wendelin Mölzer, Bildungssprecher, Nationalratsabgeordneter, FPÖ: „Der beschriebene Fall ist so sicher kein Lösungsansatz. Letztendlich sind bei sehr individuellen Fällen alle Beteiligten aufgerufen, die bestmögliche Lösung zu finden. Die Politik muss dafür den entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Eine generelle Regelung ist sicher nicht möglich, sondern es muss vor Ort eine entsprechende Entscheidungsfreiheit geben.“

Helene Jarmer, Behindertensprecherin, Abgeordnete zum Nationalrat, Die Grünen: Fr. Jarmer verweist in ihrem Mail auf die Antworten von Hrn. Dr. Walser.

Dr. Harald Walser, Bildungssprecher, Abgeordneter zum Nationalrat, Die Grünen: „Auf Grund der bestehenden Rechtslage kann ich nur den Druck der Eltern auf die Behörden unterstützen. Auch mit Öffentlichkeitsarbeit und persönlicher Überzeugungsarbeit. Für mich ist das eine äußerst unbefriedigende Situation, da ich keine ausnahmsweise Insellösungen für Einzelfälle möchte, sondern gesetzliche Rahmenbedingungen und ausreichende Finanzierung, damit alle Kinder und Jugendlichen selbstverständlich ihre Rechte in Anspruch nehmen können. Ich möchte, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen nicht zu BittstellerInnen werden müssen, sondern die gleiche Rechte auf Zugang zu Bildung und Tagesbetreuung haben, wie alle. Ich möchte mich daher auch in Zukunft im Parlament für die Rechte und die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Mit Christine Steger, der Grünen Spitzenkandidatin aus Salzburg, kommt eine weitere Vorkämpferin für Inklusion in den Nationalrat und ich hoffe, dass auch Helene Jarmer, meine langjährige Kollegin und starke Stimme für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, den Wiedereinzug schafft. Dazu bitte ich nun Sie um Ihre Unterstützung am 15. Oktober 2017.“

Hr. Hausbichler, Männerpartei: keine Antwort

Sonja Grusch, Sozialistische LinksPartei: „Siehe oben: wir unterstützen Proteste - konkret bedeutet das mit dem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen und eine Kampagne zu organisieren. Die politisch verantwortlichen aufzuzeigen, und durch öffentliche Aktivitäten unter Druck zu setzen. Nicht locker lassen bis eine Verbesserung erreicht ist.“

Hakan Renda, Generalsekretär NBZ-Neue Bewegung für die Zukunft: Es gibt hierzu sehr viele Möglichkeiten die Betracht gezogen werden können. Vorerst muss gesichert werden, dass Kinder mit Behinderungen der Pflichtschulbesuch nicht

verwehrt werden darf, sofern natürlich die Behinderung des einzelnen Kindes die Unterrichtsteilnahme verhindert. Die Landesschulbehörde wird die Aufgabe haben, einen entsprechenden Betreuungsplan festzulegen, so dass diese Kinder die Pflichtschulen besuchen können.

Linda Exenberger, im Namen der Liste Pilz: Es ist eine Diskriminierung, wenn Kinder ohne Behinderungen selbstverständlich in der Nachmittagsbetreuung aufgenommen werden, während Kinder mit Behinderungen keinen Platz bekommen. Um schnell zu einer Lösung zu kommen, muss ein Gespräch mit der/dem zuständigen Stadtschulrat bzw. –rätin oder Landesschulinspektor/in und der/dem Direktor/in stattfinden. Mittel- und langfristig geht es darum, das Recht auf Nachmittags- und Ferienbetreuung für alle Kinder und Jugendlichen umzusetzen, damit solche Diskriminierungen nicht mehr stattfinden.

Eine Zusammenfassung & Analyse der Antworten

Die Antworten auf unsere Fragen zeigt deutlich die Meinungsvielfalt zu den Themen, die wir vorgetragen haben. Dabei reichen die Stellungnahmen von Zustimmung zu verklauselter Ablehnung bis zur völligen Ignoranz. Einige wahlwerbende Parteien haben es komplett abgelehnt zu antworten, das waren die Freie Liste, GILT, KPÖ+ und die NEOS. Bei letzteren ist es besonders interessant, weil sie ja bekannter Weise für die Inklusion eintreten. Vielleicht hatten sie auch keine Zeit, uns zu antworten. Zwei Gruppierungen, die Christliche Partei Österreichs und die Weißen, antworteten nur allgemein, ohne auf die Fragen einzugehen, und mit dem Parteiprogramm.

In der Frage nach dem **allgemeinen Stellenwert der Inklusion** sind sich noch alle fast einig, alle bringen positive Statements dazu. Aber je konkreter die Fragestellung wird, desto mehr sieht man die Abweichungen im Detail. Wenn es um **tatsächliche Maßnahmen** geht, wird deutlich, wem das Thema wichtig ist. Die SPÖ und Liste Pilz wollen inklusive und Ganztagschule, die SPO darüber hinaus mehr Kindergartenangebote für Kinder mit Behinderungen. Die Liste Pilz hat wie die meisten anderen Parteien gar keine Ideen für die Ferienbetreuung, interessanterweise denkt daran außer der SPÖ nur noch die Neue Volkspartei an eine persönliche Assistenz in der Freizeit.

Sonst steht sie aber gemeinsam mit der FPÖ auf der anderen Seite: Erhalt des derzeitigen Schulsystems mit Sonderschulen bei gleichzeitigem Ausbau der Inklusion (was sich ja finanziell nicht ausgehen kann), die ÖVP will sogar einen nicht näher genannten „Nachholbedarf“ fördern und das Taschengeld (!) in geschützten Werkstätten erhöhen. Dagegen ist auch die Männerpartei, die die Betreuung den Eltern zuschieben möchte, indem sie die Gesamtarbeitszeit von allen Elternteilen verringert.

Die Grünen verweisen unter Anderem auf das bereits umgesetzte Bildungsreformpaket, das aber für die Themen, die wir angesprochen haben, keine Lösungen bietet. Auch die NBZ antwortet allgemein, dass Institutionen gefördert (?) werden sollen und es mehr „Betreuungsstätten“ geben solle. Völlig am Thema vorbei geht die Sozialistische LinksPartei, die „Werkstättenräte“ in Behindertenwerkstätten einrichten.

Bei den **Zielen für den Erfolg** war wieder mehr Einigkeit da, da kam von Seiten SPÖ eine Verbesserung des Alltags für die Familien, für die Volkspartei ein nicht näher definierbares allgemeines Bewusstsein, ein Abbau von Bürokratie und ein „One Stop Shop“, während für es für die FPÖ ein Erfolg ist, wenn die Kinder von lustigen

Situationen aus der Nachmittags- und Ferienbetreuung erzählen, es aber auch ein entsprechendes Angebot an Betreuungsplätzen gibt.

Die Liste Pilz hat klare Zielvorstellungen: Unterricht mit Qualität in der nächstgelegenen Schule, mit Ferienbetreuung, Individuelle Lehr- und Förderpläne. Die Grünen stellen als Erfolg fest, wenn es ein Recht auf ganztägigen Schulplatz für alle Kindern (mit oder ohne Behinderung) geben wird, für die Männerpartei sind es bessere Betreuungszeiten und finanzielle Unterstützung.

Die Sozialistische LinksPartei verweigert hier ganz die Zukunftsperspektive, die Betroffenen werden es schon merken, wenn es besser geworden sein wird. Für die NBZ sind es Rückgang von Scheidungsraten und die steigende Zahl von Müttern in Beschäftigungsverhältnissen.

Sehr interessant sind aber die **Antworten auf unser Beispiel**, das nicht als Einzelfall gemeint war, sondern als besonders typische Situation, die sehr vielen betroffenen Eltern und Familien widerfährt, und somit prototypisch für ein allgemeines soziales Problem dasteht.

Die SPÖ versteht es dennoch als Einzelfall, in dem man vor Ort Lösungen finden muss, die lokalen Behörden kontaktiert und die Eltern berät, allenfalls die gesetzlichen Möglichkeiten.

Die Volkspartei würde sich um diesen Fall überhaupt nicht kümmern und verweist auf existierende Modellregionen (?) und besteht auf der „Wahlfreiheit“ (die es ja in Wirklichkeit nicht gibt). Kinder und Eltern werden in „speziell ausgestattete Einrichtungen“ verwiesen, also glatte Absage für die Inklusion.

Die FPÖ ruft ebenso auf, Einzellösungen zu finden und ist zumindest bereit, die Rahmenbedingungen zu überprüfen, verweigert aber eine generelle Lösung des sozialen Problems mit Hinblick auf die real nicht existierende „Wahlfreiheit“.

Die Grünen jedoch würden hier aktiv werden, die Eltern unterstützen im Druck auf die Behörden, und sich für gesetzliche Grundlagen einsetzen, um gleiche Rechte zu schaffen statt Insellösungen. Liste Pilz dagegen spricht den Fall als Diskriminierung an, würde das Gespräch mit den Behörden suchen und das Recht auf Nachmittags- und Ferienbetreuung allerdings erst mittel- bis langfristig durchsetzen wollen.

Die Männerpartei äußert sich zu dem Beispiel gar nicht, die Sozialistische LinksPartei würde Proteste und Kampagnen unterstützen, weil sie das sowieso tun. Das NBZ zeigt in seiner Antwort keinen Bezug zu dem Fall und meint, eine Landesschulbehörde soll einen Betreuungsplan festlegen, dies in Unkenntnis, dass die beschriebenen Diskriminierung ja gesetzlichen Ursprungs ist und die Behörden ohne gesetzlichen Rahmen keine Mittel haben.

Grob zusammenfassend sind es also die SPÖ, die Grünen und die Liste Pilz, die zwar vorsichtig, bedeckt, etwas tun wollen. Volkspartei, FPÖ, Männerpartei, NBZ, Sozialistische LinksPartei wollen eher auf dem Status Quo beharren und allenfalls in Randbereichen Verbesserungen finden.

Wahlwerbende Gruppe	Stellenwert der Inklusion	Haltung zum Thema	Eigene Maßnahmen für			Ziele für die Erfolgsmessung	Reaktion auf das Fallbeispiel
			Nachmittagsbetreuung	... und auch Ferienbetreuung	für anderes (nicht gefragt)		
SPÖ	Barrieren im Kopf ins Bewusstsein rufen und Alternativen zeigen	Wir treten ein für ...	Inklusive Schule Ausbau verschränkter Ganztagsschule	2. Gratiskindergartenjahr weniger Schließtage mehr Angebote für Kinder mit Behinderung		Konkreter Alltag verbessert Familie und Beruf unter einen Hut bringen keine große Entfernungen zu den Betreuungsplätzen	Das sind Einzelfälle Kontakt aufnehmen für eine Lösung vor Ort und Hinweise auf Möglichkeiten Kontakt mit Bezirks- und Landesschulinspektor Eltern beraten Anwalt für Gleichbehandlungsfragen einschalten Gesetzliche Möglichkeiten ansehen
Neue Volkspartei	Keine Diskriminierung, Menschenwürde in der Verfassung verankern	Wir wollen ..., es sollte geben ..., es braucht ...	Mentorenprogramm Nachholbedarf fördern ganztägige Betreuung, Ausbau der Tagesbetreuung	Persönliche Assistenz auch bei Freizeit	Erhöhung des Taschengeldes in geschützten Werkstätten bürokratische Prozesse vereinfachen	Bewusstsein und Offenheit Menschen mit Behinderung können mehr bewegen Abbau von Bürokratie für Hilfesuchende "One Stop Shop"	Kümmert sich nicht um den Fall, weil: Es gibt Modellregionen Wahlfreiheit nach objektiver Beratung durch Behörden Kindeswohl und Elterninteressen sind durch speziell ausgestattete Einrichtungen betreut.
FPÖ	Inklusion soll selbstverständlich sein	Wir sind dafür, dass	Wahlfreiheit Erhalt des dualen Schul- und Betreuungsangebots Darüber hinaus keine Angebote zur Verbesserung	Keine Angebote	Ausbau der Inklusion und der Erhalt der Sonderschule und sonderpädagogischen Zentren	Kind geht gerne zu Ferien- und Nachmittagsbetreuung Kinder erzählen von lustigen Situationen Betreuung durch ausgebildete Personen Entsprechendes Angebot an Betreuungsplätzen	Rufen alle Beteiligte auf, bestmögliche Lösung zu finden. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen Generelle Regelung ist nicht möglich, Entscheidungsfreiheit vor Ort.

Wahlwerbende Gruppe	Stellenwert der Inklusion	Haltung zum Thema	Eigene Maßnahmen für			Ziele für die Erfolgsmessung	Reaktion auf das Fallbeispiel
			Nachmittagsbetreuung	... und auch Ferienbetreuung	für anderes (nicht gefragt)		
Grüne	Nicht Kinder und Jugendliche mit Behinderung sollen sich anpassen, sondern es muss ein Bildungssystem für Gleichberechtigung geschaffen werden.	Wir werden alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen ..., wir lassen nicht locker, ..., wir wirken in Öffentlichkeitsarbeit und Überzeugungsarbeit darauf hin, dass	Bereitstellung von Betreuung und Infrastruktur am Nachmittag	Keine Angebote	Bildungsreformpaket: Ressourcen zentral von Bildungsdirektion verwalten, nicht von Sonderschulen, Antragsrecht der Eltern auf Sonderpädagogischen Förderbedarf.	Kinder mit oder ohne Behinderung haben Recht auf ganztägigen Schulplatz in der Nähe Unterstützungsmaßnahmen sind selbstverständlich	Unterstützen den Druck der Eltern auf die Behörden Öffentlichkeitsarbeit, Überzeugungsarbeit gesetzliche Rahmenbedingungen statt Insellösungen Gleiche Rechte auf Zugang zu Bildung und Tagesbetreuung Im Parlament für Rechte und Gleichberechtigung einsetzen.
Männerpartei	Alle Menschen sind "beeinträchtigt" und sollen gleichbehandelt werden.	Wir merken an, ...	Gleicher Anspruch aller Kinder auf Betreuung. Gleiche Erwerbstätigkeit von 30 Stunden für alle Menschen, Eltern, gleichteilige Familienarbeit Daher Nachmittagsbetreuung durch Eltern Keine konkretes Maßnahmenangebot	Keine Angebote		Bessere Zeiten werden angeboten Finanzielle Unterstützung verbessert.	Keine Antwort.
Sozialistische LinksPartei	Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Inklusion wird für Sparmaßnahmen benützt, Verteilung der Ressourcen ist wichtig	Wir machen Politik mit den Betroffenen, nicht für ... , wir machen öffentlich, ... wir machen Kampagnen und Proteste, ...	Keine Angebote	Keine Angebote	Werkstättenräte in Behindertenwerkstätten, Gleichstellung zu Betriebsräten	Keine, die Betroffenen sollen das selbst feststellen	Unterstützen Proteste Gehen an Öffentlichkeit und machen Kampagnen Zeigen politische Verantwortung auf.
NBZ	Inklusion wird notwendig wegen des Auseinanderlebens von Freunden und Familie	Keine, stellen nur ihre Meinung dar. Sie haben eine Studie durchgeführt.	Förderungen für Institutionen für die Ausbildungspätze für fachmännische Betreuung der Kinder und Jugendlichen mit	Keine Angebote	Anzahl der Betreuungsstätten auf einen akzeptablen Stand bringen.	Rückgang an Scheidungsraten von Ehepaaren mit Kindern mit Behinderung Meldung von AMS,	Keinen Bezug zum Fallbeispiel Die Landesschulbehörde soll einen Betreuungsplan festlegen.

Wahlwerbende Gruppe	Stellenwert der Inklusion	Haltung zum Thema	Eigene Maßnahmen für			Ziele für die Erfolgsmessung	Reaktion auf das Fallbeispiel
			Nachmittagsbetreuung	... und auch Ferienbetreuung	für anderes (nicht gefragt)		
			Behinderung			dass Mütter Arbeit aufnehmen können.	
Liste Pilz	Schubladendenken ablegen, Schulsystem auf unterschiedliche Bedürfnisse und Fähigkeiten auslegen, Chancengleichheit bedeutet bestmögliche Unterstützung	Wir setzen uns ein,	Rasche Umsetzung der Ganztagschule Ausbau schulischer Inklusion Rahmenbedingungen an der Schule für Inklusion und Nachmittagsbetreuung schaffen Nachmittagsbetreuung für alle Kinder vor Ort	Keine spezifischen Angebote		Qualitätsvoller Unterricht und Nachmittagsbetreuung in der nächstgelegenen Schule Ferienbetreuung in derselben Schule Individuelle Förder- und Lehrpläne in Regelschulen für Kinder mit Sonderpädagogischem Lehrplan Kind ist Teil einer Klassengemeinschaft mit Diversität und respektvollem Umgang	Der beschriebene Fall ist eine Diskriminierung Es muss ein Gespräch mit Stadtschulrat, Landeschulinspektor und Direktion stattfinden Mittel- und langfristig muss das Recht auf Nachmittags- und Ferienbetreuung für alle Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden.